WESTDEUTSCHE ZEITUNG

NRW

GESELLSCHAFT

Türkische Gemeinde entsetzt über Fall Aslan

24. Mai 2023 um 09:17 Uhr | Lesedauer: Eine Minute

Ein Schild weist auf die Zentralverwaltung der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen hin. Foto: Federico Gambarini/dpa/Archivbild

Gelsenkirchen/Berlin. Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) hat sich entsetzt über den Rauswurf der Dozentin Bahar Aslan von der Polizei-Hochschule in Gelsenkirchen gezeigt. „Wer eine engagierte Dozentin entlässt, weil sie auf rassistische Strukturen innerhalb der Polizei hinweist, der ist Teil des Rassismusproblems in Deutschland", sagte der Bundesvorsitzende Gökay Sofuoglu laut einer Mitteilung.

„Frau Aslan hat nur das zum Ausdruck gebracht, was unzählige Menschen in Deutschland fühlen, was sie erleben und wovor sie Angst haben."

Serhat Ulusoy, Landesvorsitzender des Türkischen Bunds in Nordrhein-Westfalen, forderte, die Entscheidung gehöre zurückgenommen und mit den Verantwortlichen aufgearbeitet. Die Autorin Aslan hatte an der Hochschule einen Lehrauftrag für „interkulturelle Kompetenzen", der wegen eines Tweets nicht verlängert worden war.

Die Hochschule teilte am Montag mit, Aslan sei aufgrund ihrer aktuellen Äußerungen ungeeignet, vorurteilsfreie, respektive fundierte Sichtweise im Hinblick auf Demokratie, Toleranz und Neutralität zu vermitteln. Hintergrund ist dieser Tweet von Aslan: „Ich bekomme mittlerweile Herzrasen, wenn ich oder meine Freund*innen in eine Polizeikontrolle geraten, weil der ganze braune Dreck innerhalb der Sicherheitsbehörden uns Angst macht. Das ist nicht nur meine Realität, sondern die von vielen Menschen in diesem Land."

Der TGD-Vorsitzende Sofuoglu sagte: „Niemand bezeichnet die Polizei als solche als "braunen Dreck", und diejenigen, die diesen Eindruck jetzt erwecken, haben zentrale Versprechen unserer Verfassung nicht verstanden." Er verwies auf die Ermittlungen zum NSU, auf Chatgruppen, die rechtsextremistische Gesinnung bei Polizisten zeigten, und „racial profiling". Davon spricht man, wenn Menschen aufgrund ihres Erscheinungsbildes oder ethnischer Merkmale kontrolliert werden.

© dpa-infocom, dpa:230524-99-805641/2

(dpa)